



Honduras: Blutiger Landkonflikt im Bajo Aguán



Seit 1992 wütet im Norden von Honduras ein blutiger Landkonflikt. Im fruchtbaren Aguán Tal (Bajo Aguán) an der honduranischen Karibikküste kämpfen 3.500 Kleinbauernfamilien gegen drei Betreiber von Ölpalmplantagen um Land. Großgrundbesitzer und Regierung antworten mit extremer Gewalt. Seit dem Putsch 2009 sind dort bis März 2013 57 KleinbäuerInnen, MenschenrechtsaktivistInnen, ein Rechtsanwalt sowie ein Journalist und dessen schwangere Partnerin ermordet worden. Keiner dieser Morde wurde bisher aufgeklärt.

Palmölproduktion in Honduras

Nach Angaben der honduranischen Zentralbank ist Palmöl das wichtigste landwirtschaftliche Exportprodukt und zählt zu den zehn wichtigsten Exportgütern des Landes. Von 2010 bis 2011 wuchsen die Deviseneinnahmen durch Palmöl von 140,4 auf 251,1 Millionen US-Dollar. Das Palmöl wird in den Absatzländern zu 35 Prozent zu Agrardiesel sowie zu Margarine, Fett und anderen Lebensmitteln verarbeitet.¹ Honduras, das früher die Hälfte des Bedarfs an Getreide in Mittelamerika produzierte, muss inzwischen große Mengen an Grundnahrungsmitteln importieren.

Agrarreform und Gegenreform – Ursprung des Konflikts

1962 verabschiedete die honduranische Regierung das erste Agrarreformgesetz, auf dessen Basis landlosen BäuerInnen brachliegendes Land gegeben wurde. Zwischen 1973 und 1977 wurden insgesamt 120.000 Hektar umverteilt. Durchführende Organisation war das staatliche Agrarreforminstitut (*Institut Nacional Agrario*, INA). Insbesondere im Aguán-Tal wurden große Flächen an Kleinbauernfamilien vergeben. Auch ein 5.724 Hektar großes Militärgelände, das *Centro Regional de Entrenamiento Militar* (CREM), sollte nach seiner Stilllegung für die Agrarreform zur Verfügung gestellt werden.

Der Konflikt um das Land des Militärgeländes CREM (*Centro Regional de Entrenamiento Militar*)

Nach der Stilllegung des langjährigen Militärgeländes (5.724 Hektar) Ende der 80er Jahre stand das Land gemäß dem Agrarreformgesetz zur Umverteilung an Kleinbauernfamilien zur Verfügung. Die Verwaltung der benachbarten Stadt Trujillo ignorierte jedoch die gesetzlich vorgesehene Umverteilung dieses Landes und verkaufte einen Großteil an PolitikerInnen, Militäranghörige und GroßgrundbesitzerInnen.

Die betroffenen bäuerlichen Gemeinschaften schlossen sich zum *Movimiento Campesino del Aguán* (MCA) zusammen und forderten die Umsetzung der Agrarreform. Nach einer Landbesetzung und massiven Auseinandersetzungen wurde im Jahr 2000 ein erster Teil (1.500 Hektar) des Geländes an die Kleinbauernfamilien übertragen. Die Übergabe des restlichen Landes ging seither nur sehr schleppend voran, da sich einige einflussreiche Unternehmer weigerten, die gesetzlich vorgeschriebenen Entschädigungszahlungen zu akzeptieren, weil sie sie als zu niedrig betrachteten.

2010 besetzten Mitglieder der MCA zweimal einen Teil dieses zur Übertragung anstehenden Landes. Bei der zweiten Besetzung im November erschossen die Sicherheitskräfte eines Palmölunternehmers fünf Bauern. Seitdem stockt die Übertragung des CREM-Landes.

Parallel dazu hatte das INA ein Programm zur Umsiedlung von Kleinbauernfamilien in die bevölkerungsarme Region am Aguán-Fluss entwickelt. Die neu angesiedelten Bäuerinnen und Bauern im Bajo Aguán organisierten sich, um ihre Waren effektiver zu vermarkten und um ihre Interessen gegenüber Großgrundbesitzern und Agrarunternehmen zu vertreten.²

1992 kam der nationale Agrarreformprozess jedoch ins Stocken. Auf Druck der Weltbank erließ die Regierung unter Präsident Callejas das *Gesetz zur Modernisierung und Entwicklung des Agrarsektors* (*Ley de Modernización y Desarrollo del Sector Agrícola*). Danach wechselte der Staat sein Konzept von der umverteilenden zur marktgebundenen Agrarreform. Anstelle von Land bekamen Landlose nun Kredite, um sich Grundstücke zu kaufen. Weiterhin erlaubten neue Ausnahmeregelungen im Gesetz den GroßgrundbesitzerInnen, ihre Grundstücke über die gesetzlich festgelegte Höchstflächen hinaus auszudehnen. Das führte

1 *El Heraldo*: „Se eleva exportación de aceite de Palma en Honduras“, 26. August 2012.

2 Ríos Gilberto, *Reforma agraria y el conflicto agrario en el Bajo Aguán*, FIAN Honduras 2010.



Eine friedliche Demonstration der KleinbäuerInnen wird von der Polizei gestoppt.

schnell zur erneuten Konzentration von Land in den Händen weniger Reicher. Zusätzlich startete das INA auf Druck der Regierung und mit Unterstützung einiger korrupter Bauernführer eine Kampagne, mit der die Bauerngemeinschaften bedroht und dazu gedrängt wurden, ihr Land an große Unternehmen zu verkaufen. Da Agrarreformland laut Gesetz nicht direkt an private EigentümerInnen verkauft werden durfte, bestand die einzige Möglichkeit zur Veräußerung dieser Grundstücke darin, sie an das INA zu verkaufen und damit zurückzugeben.³

Die BäuerInnen, die ihr Land gezwungenermaßen verkauften, wurden landlos oder hatten nur noch winzige Parzellen. Folglich konnten sie weder Kredite noch technische Unterstützung, Bildungs- oder Beratungsleistungen für die Vermarktung ihrer Waren in Anspruch nehmen, die der Staat erst ab einer gewissen Produktionshöhe kostenlos anbot. Dagegen erhielten die Unternehmen zur Erweiterung der Ölpalmpflanzungen internationale Finanzmittel aus dem Fonds für klimafreundliche Entwicklungsprojekte der Vereinten Nationen (*Clean Development Mechanism*)⁴ und von der *International Finance Corporation* (IFC)⁵, die als Teil der Weltbank Kredite an Unternehmen vergibt. Diese Umkehrung der ursprünglichen Agrarreform hat also dazu geführt, dass viele Kleinbauernfamilien im Aguán-Tal sich nicht mehr ausreichend ernähren können. Sie fordern daher ihr Land zurück. Diese berechnete Forderung führt bis heute zu schweren Konflikten mit Unternehmen und Regierung. Beide reagieren mit Vertreibung, Bedrohung, Entführungen, gewaltsamer Beendigung von friedlichen Demonstrationen und Morden an KleinbäuerInnen.⁶

3 Trucchi Giorgio, *De nuevo corre la sangre en el Bajo Aguán*, 2010.

4 APRODEV, CIFCA, FIAN, fidh, Rel-UITA, Via Campesina Juli 2012: *Honduras: Human Rights Violations in Bajo Aguán*, *International Fact Finding Mission Report*, <http://www.fian.org/es/news/article/detail/honduras-human-rights-violations-in-bajo-aguan/> [Zugriff 24.1.13], sowie <http://cdm.unfccc.int/Projects/DB/TUEV-SUED1260202521.42/view>

5 Aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen hat die Ombudsstelle der Weltbank im Februar 2013 eine Überprüfung des Kredits gestartet. Zum Redaktionsschluss dieses Factsheets lag das Ergebnis noch nicht vor.

6 Agencia periodística de América Central „El cruento comercio del Carbono en Honduras“ .11.04.2011

Santos Bernabé Cruz, 16 Jahre, erklärt, er habe Glück gehabt. Doch was er bei einer Vertreibung erlebt hat, lässt ihn nachts nicht schlafen: „Sie schlugen mich mit Knütteln und zogen mir eine Plastiktüte über den Kopf. Dann schleiften sie mich in die Plantagen. Vor einer frisch ausgehobenen Grube blieben die blau uniformierten Männer stehen. ‚Das ist dein Grab‘, sagten sie und übergossen mich mit Benzin. Dann sagten sie: ‚Du bist noch jung, lass dir das eine Lehre sein.‘“⁷

Verschärfung der Menschenrechtslage durch den Putsch im Juni 2009

Die unabhängige honduranische Wahrheitskommission⁸ registrierte zwischen Juni 2009 und August 2011 insgesamt 5.418 Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Verbrechen gegen die Menschlichkeit. 84 Prozent der Rechtsverstöße wurden von der Polizei, den Streitkräften oder Regierungsvertretern begangen. Gemäß der Wahrheitskommission ist der Staatsstreich unter anderem von Unternehmervereinigungen, Industrie und Finanzdienstleistern unterstützt worden. Im Januar 2010 hat die Regierung zudem eine Amnestie erlassen, die den Verantwortlichen des Putsches, der Übergriffe und der Menschenrechtsverletzungen Straffreiheit gewährt.⁹

Die beteiligten Unternehmen

Die größten Ländereien im Bajo Aguán haben sich drei Palmöl-Unternehmer angeeignet: Miguel Facussé, Reynaldo Carnales und René Morales. Der Mächtigste von ihnen ist Miguel Facussé,

7 Zitat aus dem Video *Bajo Aguán - Öffentliche Anhörung Mai 2012*, <http://www.kleinbauernrechte-jetzt.de/schwerpunkt/honduras/> [Zugriff 18.3.13].

8 Die unabhängige Wahrheitskommission wurde auf Initiative von honduranischen Menschenrechtsorganisationen eingesetzt.

9 Artikel in der Tageszeitung *Otra América*: „La violación de derechos humanos es política de Estado en Honduras“. Siehe <http://www.elsoca.org/index.php/america-central/hodu/1099-honduras-el-conflicto-agrario-del-bajo-aguan> [Zugriff 23.1.13].



dem mehr als 16.000 Hektar Land im Aguán-Tal gehören.¹⁰ Seine Unternehmensgruppe *Dinant* produziert Palmöl sowohl für den Export als auch für ihr eigenes Lebensmittelunternehmen und ist Marktführer in Honduras.

Die Organisationen der Kleinbäuerinnen und -bauern im Bajo Aguán

Neben dem MCA haben die KleinbäuerInnen sich in zwei weiteren Organisationen zusammengeschlossen: dem *Movimiento Unificado Campesino del Bajo Aguán* (*Vereinte Bewegung der Kleinbauern des Aguán-Tals*, MUCA) und dem *Movimiento Auténtico Renovador de Campesinos* (*Authentische, erneuernde Bewegung der Kleinbauern*, MARCA). Beide fordern mit unterschiedlichen Argumenten und Mitteln die Rückgabe von 20.000 Hektar Land, da sie dessen Aneignung durch die Großgrundbesitzer aufgrund von Vortäuschung falscher Tatsachen, illegaler Abmachungen oder Anwendung von Drohungen als unrechtmäßig betrachten.¹¹ Staat und Unternehmen reagieren drastisch auf diese Forderungen: Nach Informationen der Untersuchungsmission von FIAN und anderen Menschenrechtsorganisationen fanden allein zwischen Januar 2010 und März 2011 mindestens 17 gewaltsame Vertreibungen von Bauerngemeinschaften im Bajo Aguán statt.

MUCA hatte bereits kurz vor dem Putsch nach jahrelangen Verhandlungen mit der Regierung ein Abkommen geschlossen, auf dessen Basis der Landkonflikt beigelegt werden sollte. Doch die Putschisten erkannten dieses Abkommen nicht an. MUCA begann daher im Dezember 2009 mit massiven Landbesetzungen, um die Regierung an den Verhandlungstisch zu zwingen. Am 13. April 2010 unterzeichnete sie die Vereinbarung, nach der MUCA

insgesamt 11.000 Hektar Land übertragen würde, wenn seine Mitglieder die Besetzung einiger Grundstücke beendeten. Die BäuerInnen verließen den größten Teil des besetzten Landes. Aber die Regierung kam den Verpflichtungen des neuen Abkommens nicht nach. Stattdessen kam es zu einer neuen Welle von gewalttätigen Vertreibungen, Übergriffen und Morden durch Polizei, Militär und private Sicherheitskräfte.¹²

Tatsächlich hat MUCA bis Mitte 2012 die Zusage über nur 4.000 Hektar erhalten. Allerdings müssen seine Mitglieder für diese Fläche einen Betrag von etwa 750 Mio. Lempira (rund 28 Millionen Euro) aufbringen. Gemäß dem aktuellen Abkommen mit MUCA müssten die Kleinbauernfamilien den Kaufpreis in den kommenden 15 Jahren zu einem Zinssatz von 14 Prozent zurückzahlen. Diese Zahlungsbedingungen werden die Bäuerinnen und Bauern kaum erfüllen können.¹³

MARCA will die Rückgabe des Lands auf gerichtlichem Wege erreichen. Er stützt sich dabei auf die rechtliche Gültigkeit der Landtitel seiner Mitglieder. Der später ermordete Rechtsanwalt Antonio Trejo erkämpfte in einem 18-jährigen Gerichtsverfahren ein Urteil, wonach die Großgrundbesitzer den Angehörigen des MARCA 1.776 Hektar Land übertragen müssen.¹⁴ Doch bereits zwei Wochen später erreichten die Rechtsanwälte der Palmölbarone, dass das Urteil von einem eigentlich nicht zuständigen Gericht für ungültig erklärt wurde.¹⁵

Durch den Wechsel zur marktgebundenen Agrarreform hat die honduranische Regierung die Umverteilung des Landes faktisch verhindert und damit zur Verletzung des Rechts auf Nahrung der betroffenen Kleinbauernfamilien beigetragen.

Schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen im Bajo Aguán

Honduras hat sowohl den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Zivilpakt) als auch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Sozialpakt) ratifiziert. Dennoch werden in Bajo Aguán folgende Menschenrechte durch Staat und Unternehmen schwerwiegend verletzt:

- Seit September 2009 wurden im Landkonflikt in Bajo Aguán 57 Angehörige der Bauernorganisationen, ein Journalist und seine Freundin sowie der Rechtsanwalt Antonio Trejo ermordet und damit ihr **Recht auf Leben** (Artikel 6, Zivilpakt) verletzt.
- Die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen im Bajo Aguán werden systematisch bedroht und eingeschüchtert.

¹² Ebd., sowie APRODEV, CIFCA, FIAN, fidh, Rel-UITA, Via Campesina Juli 2012: *Honduras: Human Rights Violations in Bajo Aguán, International Fact Finding Mission Report*, <http://www.fian.org/es/news/article/detail/honduras-human-rights-violations-in-bajo-aguan/> [Zugriff 24.1.13].

¹³ Gilberto Ríos: *Conflicto Agrario en el Bajo Aguán, Tegucigalpa*, Agosto 2012.

¹⁴ APRODEV, CDM Watch, CIFCA, FESPAD, FIAN, LAWG, OMCT-FIDH, PIDHDD, Rel-UITA, Via Campesina: Press International, „Internationale Organisationen verdammen Mord an Anwalt der Bauern in Bajo Aguan und Sonderstaatsanwalt für Menschenrechte“, Oktober 2012.

¹⁵ Martin Wolpold-Bosien 2013: Die Machenschaften der Palmölbarone - Seit dem Putsch 2009 hat die Gewalt gegen Bauern und Menschenrechtsaktivisten in Honduras deutlich zugenommen, in: *Südlink* Nr. 162.

¹⁰ *El socialista Centromericano: Honduras – El conflicto agrario del Bajo Aguán*, 6.4.2010. <http://www.elsoca.org/index.php/americ-centra/hondu/1099-honduras-el-conflicto-agrario-del-bajo-aguan> [Zugriff 23.1.13].

¹¹ *Amnesty Journal* 08-09/2012 „Kein Blut für Palmöl“

Ihr **Recht auf persönliche Sicherheit und Freiheit** (Artikel 9, Zivilpakt) wird verletzt. Die Vertreibungen wurden gewaltsam durchgeführt. Bei der öffentlichen Anhörung zu Menschenrechtsverletzungen im Aguán-Tal¹⁶ berichteten viele AugenzeugInnen über Übergriffe durch Polizei und Militär sowie durch die Sicherheitskräfte der Plantagenbesitzer. Francisco Pascual López wurde am 15. Mai 2011 entführt und ist seitdem verschwunden. Auch führende Köpfe der Bauernbewegungen wie Rafael Alegria, Vertreter der internationalen Kleinbauernorganisation La Via Campesina, wurden mit Mord bedroht.

- Ohne Land können sich die kleinbäuerlichen Familien nicht ausreichend ernähren. Ihr **Recht auf Nahrung** (Artikel 11, Sozialpakt) wird durch die Verschleppung der Agrarreform und durch die fehlende staatliche Politik gegen die massive Bodenkonzentration kontinuierlich verletzt.
- Durch die Übergriffe durch Polizei, Militär und private Sicherheitskräfte wird das **Recht auf Gesundheit** (Artikel 12, Sozialpakt) der KleinbäuerInnen verletzt. Artikel 12 gewährt umfassenden Schutz vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Einige der Verletzten leiden dauerhaft unter Schmerzen. Vor allem die Kinder leiden unter der ständigen Bedrohung und werden traumatisiert.
- Zwischen Januar 2010 und März 2011 wurden Kleinbauernfamilien im Aguán-Tal mindestens zwölfmal gewaltsam von ihrem Land vertrieben.¹⁷ Dabei wurden ihre Unterkünfte zerstört ohne ihnen eine Alternative zu bieten. Ihr **Recht auf Wohnen** (Artikel 11, Sozialpakt) wird damit verletzt.
- Bisher wurde keiner der Morde, Körperverletzungen und des Verschwinden-Lassens aufgeklärt. Das Gerichtsverfahren um Land dauerte 18 Jahre. Das **Recht auf Zugang zu Justiz** (Artikel 14, Zivilpakt) der KleinbäuerInnen ist verletzt.

Trotz neuer Vertreibungsdrohungen bekräftigt Loli Piñeda, Mitglied der Bauerngewerkschaft von Marañones: „Wir geben nicht auf. Bei allem, was wir erleiden, hoffen wir, dass unsere Kinder einmal ein besseres Leben führen werden. Auf eigenem Land und in Frieden.“¹⁸

¹⁶ <http://www.kleinbauernrechte-jetzt.de/schwerpunkt/honduras/> [Zugriff 18.3.13].

¹⁷ APRODEV, CIFCA, FIAN, fidh, Rel-UITA, Via Campesina Juli 2012: *Honduras: Human Rights Violations in Bajo Aguán, International Fact Finding Mission Report*, <http://www.fian.org/es/news/article/detail/honduras-human-rights-violations-in-bajo-aguan/> [Zugriff 24.1.13].

¹⁸ *Amnesty Journal* 08-09/2012 „Kein Blut für Palmöl“.

Eine internationale Erklärung für die Rechte der Bäuerinnen und Bauern ist nötig

Der Landkonflikt im Aguán-Tal ist ein Beispiel für die systematische Verletzung von Menschenrechten und die damit korrespondierende faktische Schutzlosigkeit kleinbäuerlicher Bevölkerung. Die honduranische Regierung verletzt kontinuierlich die Rechte der KleinbäuerInnen und spielt den Interessen weniger Großgrundbesitzer zu. Die KleinbäuerInnen sind der Gewalt der privaten Sicherheitskräfte schutzlos ausgeliefert, da Polizei und Militär sie nicht nur nicht schützen, sondern zum Teil ebenfalls gewaltsam gegen sie vorgehen. Zusätzlich haben die Betroffenen faktisch keinen Zugang zur Justiz.

Dieser gewaltsame Konflikt im Bajo Aguán ist Ausdruck einer Politik, die kleinbäuerliche Gemeinden als soziale Gruppe systematisch diskriminiert. Obwohl die bestehenden Menschenrechtskonventionen auch für die KleinbäuerInnen in Bajo Aguán gelten, werden diese dadurch offenbar nicht ausreichend geschützt. Weil auch in anderen Ländern das Recht auf Nahrung und andere Menschenrechte von KleinbäuerInnen und ländlicher Bevölkerung überproportional verletzt werden, hat der Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen am 27. September 2012 die Erarbeitung einer *Erklärung für die Rechte von KleinbäuerInnen und Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten* beschlossen. Damit sollen alle Regierungen dazu aufgefordert werden, die Rechte der Landbevölkerung zu respektieren und gegenüber den Interessen privater Unternehmen zu schützen.

Der beratende Ausschuss des Menschenrechtsrats hat den entsprechenden Entwurf von *La Via Campesina*, der internationalen Organisation der Kleinbauern¹⁹, als Vorlage empfohlen. *La Via Campesina* bezieht sich darin ausdrücklich auf Frauen und Männer und formuliert, welche Rechte KleinbäuerInnen benötigen, um sich ausreichend ernähren zu können. FIAN setzt sich dafür ein, dass die Erklärung im Menschenrechtsrat auf Basis dieser Vorlage erarbeitet wird.

Weitere Informationen zum Fall Bajo Aguán finden Sie auf den Internetseiten www.kleinbauernrechte-jetzt.de und www.fian.org.

¹⁹ <http://viacampesina.org/en/index.php/publications-mainmenu-30/1016-declaration-of-rights-of-peasants-women-and-men> [Zugriff 22.4.2013].

FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Strasse 13
50969 Köln

www.fian.de
fian@fian.de
Tel.: 0221-7020072

Köln, April 2013
Autorin: Enriqueta Nazario Delgado
Übersetzung: Christine Bruckner
Redaktion: Gertrud Falk, Martin Wolpold-Bosien
Gestaltung: Uschi Strauß

Mit Recht KleinbäuerInnen schützen
www.kleinbauernrechte-jetzt.de

Mit freundlicher Unterstützung durch



FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen